

Pressemitteilung

17. März 2025

Schwangerschaftsberatungsstellen besser schützen

Paritätischer Hessen ruft zu Solidaritätsaktion für pro familia in Frankfurt auf

Vor wenigen Tagen wurde die Wand der pro familia-Beratungsstelle in Frankfurt beschmiert, mutmaßlich von Abtreibungsgegner*innen. „Dieser Angriff auf die selbstbestimmte Familienplanung erschreckt uns. Er zeigt, dass antifeministische Haltungen auf dem Vormarsch sind“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hessen. „Dass die Mitarbeiter*innen unserer Mitgliedsorganisation pro familia beleidigt und diffamiert werden, nehmen wir nicht unkommentiert hin.“ Der Paritätische Hessen ruft daher für Mittwoch, 19. März, 13 Uhr zu einem solidarischen Treffen vor der pro familia-Beratungsstelle in der Palmengartenstraße in Bockenheim auf.

Pro familia ist schon seit mehreren Jahren Belagerungen und Aktionen radikaler und extremistischer Abtreibungsgegner*innen ausgesetzt, unter anderem alljährlich in der Zeit von Aschermittwoch bis Ostern. Auch derzeit halten sie täglich wieder Versammlungen ab. Durch eine Änderung im Schwangerschaftskonfliktgesetz ist seit vorigem Jahr geregelt, dass die Gehsteigbelästigungen während der Öffnungszeiten nicht mehr direkt vor der Beratungsstelle stattfinden dürfen. Dies ist eine Verbesserung, reicht jedoch noch nicht aus, wie der Vorfall mit der Wandschmiererei zeigt. Er ereignete sich an einem Wochenende und damit in einem Zeitraum, in dem die Kundgebung der Abtreibungsgegner*innen weiterhin direkt vor der Beratungsstelle stattfinden können. Wer die Beleidigung an die Wand geschrieben hat, ist unbekannt. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Aktionen der Abtreibungsgegner*innen solchen Taten zumindest Vorschub leisten können.

Der Paritätische Hessen appelliert daher an die Politik, den Schutz der Beratungsstellen auszuweiten und auch außerhalb der Öffnungszeiten zu garantieren. Seine Kernforderung ist, dass Schwangerschaftsabbrüche endlich legalisiert werden. Dafür müssen sie außerhalb des Strafgesetzbuchs geregelt werden. Der Paritätische Hessen bedauert, dass über eine entsprechende Initiative zur Entkriminalisierung nicht noch im alten Bundestag abgestimmt wurde. „Das Thema muss in der neuen Legislaturperiode wieder auf die Tagesordnung“, betont Dr. Yasmin Alinaghi. „Es ist zudem die Aufgabe auch der Landespolitik, für die Akzeptanz von sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung zu werben. Sie muss sich einem Rückschritt entschieden entgegenstellen, der durch eine Diskursverschiebung nach rechts droht.“

Der Paritätische Hessen ist der Spitzenverband von mehr als 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der Paritätische Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.